

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

29.11.1922 (No. 279)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 963  
und 964  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Schriftleiter  
C. K. u. n. d.  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 am Tage und ein Viertel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenrabatt gilt und vorwiegend werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Postfach Nr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Kontovereinbarung für den Abdruck festzustellen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Neue Drohungen Poincarés!

Von Peter Christoph.

Gelegentlich einer Denkmalsweihe in Boulogne hielt Poincaré wieder eine seiner bereits bekannten Reden gegen Deutschland. Um das französische Volk, das zum Teil der fortgesetzten Drohungen und Hebe gegen Deutschland müde ist, erneut gegen Deutschland aufzuklären, hat er sich in sehr unklaren, aber ebensovoll beunruhigenden Andeutungen dahin ausgesprochen, daß Frankreich sich noch vor Jahresfrist vor sehr ernsthaften auswärtigen Problemen gestellt sehen und Entschlüsse fassen zu treffen haben werde, die für Frankreichs Zukunft sehr wichtig seien.

Wie gesagt, es handelt sich hierbei um Andeutungen, die eine Gewißheit darüber, was den Ernst der Entscheidungen ausmacht, nicht zuläßt. Wenn man aber die verschiedenen öffentlichen Reden und die Reden Poincarés und die bedeutsame Rede Roucheurs in der Kammer mit den anderen vergleicht, so ist man sich vollkommen klar darüber, worauf Poincaré abzielt. Der Meinungsstreit um die Brüsseler Konferenz dreht sich letzten Endes um die Absicht Poincarés, in Brüssel die „abschließlichen Verhandlungen Deutschlands“ „feststellen zu lassen“, damit er Handlungsfreiheit zu Strafmaßnahmen gegen Deutschland zurückbehält. Um diese Frage allein haben sich die zahlreichen Reden gehalten, die zum größten Teil in Paris, teilweise auch in Lausanne geführt worden sind, gedreht. Wenn heute Poincaré von bevorstehenden schweren Entscheidungen spricht, die die Zukunft Frankreichs betreffen, so muß man daraus schließen, daß entweder Poincaré in der Welt den Anschein erwecken will, daß er mit seinen Absichten trotz der Auffassungen aller Sachverständigen durchgedrungen ist, oder daß ihm dieser Erfolg tatsächlich gelungen ist. In dem einen wie im anderen Falle handelt es sich um das Schicksal Deutschlands, das die Zukunft des Rheinlandes vom Reich!

Über diese Frage ist in der letzten Woche soviel geschrieben worden, daß es sich erübrigt, näher auf dieses Problem einzugehen. Frankreich hat hinsichtlich des Rheinlandes seine Ziele genau aufgestellt und will daher nur einer Lösung in der Reparationsfrage zustimmen, die sich mit diesen französischen Zielen und Plänen am Rhein deckt.

Alle Variationen über die Forderung „produktiver Pfänder“ laufen letzten Endes immer wieder darauf hinaus, daß der Rhein Frankreichs Grenze sein soll und daß man weitergehend Deutschlands Wirtschaft durch Befestigung des Ruhrgebietes vollständig vernichten will. Es ist naheliegend, daß Poincaré mit den ersten Entscheidungen vor Jahresfrist die Rhein- und Ruhrfrage gemeint hat, die er gegebenenfalls gegen den Willen seiner Alliierten im Sinne Frankreichs lösen will.

Im Rheinland ist man über die Entwicklung der Dinge, wie sie von Paris aus betrieben werden, zum Teil recht beunruhigt. Die „Rölnische Zeitung“ wies vor einigen Tagen in einem sehr beachtenswerten Artikel darauf hin, daß man vielfach vor lauter Parteigeiz keinen klaren Blick mehr habe für die nächstliegenden Dinge, die das Reich und seinen Bestand angehen. Man sollte angesichts der neuen Drohung Poincarés diese Worte eines rheinischen Blattes nicht als die Äußerung eines Parteiorgans, sondern als Mahnung der gesamten deutschen Rheinlandsbevölkerung besonders beachten: „Um des Rheinlandes willen hätte man trotz aller Partei- und Wiederherstellungsnöte den Pariser Drohungen ein Echo entgegenzusetzen müssen. Das ist nicht geschehen.“

Inzwischen hat sich das Kabinett Cuno dem Parlament vorgestellt. Mit besonderer Genugtuung hat man im Rheinland die Worte des deutschen Reichskanzlers Dr. Cuno vernommen, in welchen er sich die Worte Dr. Rathenaus zu eigen machte: „Die Regierung wird niemals bereit sein, besetztes deutsches Gebiet, das Rheinland oder die Pfalz oder das Saargebiet festzusetzen, ihre Festsetzung zu gefährden oder auch nur einen Tag hinauszuverschieben zu lassen. Umringeltes alles andere mahnt diese Sorge um deutsches Land am Rhein zu schärfster, tiefster Einmütigkeit der Gesinnung.“

Die Mahnung, die kurz vorher aus dem Rheinland nach Berlin gerichtet wurde, hat also bei der neuen Regierung ein aufmerksames Ohr gefunden. Wer die Leiden in den besetzten Gebieten, die Sorge der Bevölkerung um die nächste Zukunft kennt, wird begreifen, daß man auf solche Worte von verantwortlicher Stelle im Rheinland wartet, um daraus in Stunden größter Not und schwersten Leidens neue Hoffnungen zu schöpfen, und da man im Rheinland davon überzeugt ist, daß man an verantwortlicher Stelle in Berlin solche Worte nicht spricht, ohne den festen Willen zu haben, auch danach zu handeln, so über solche Bekenntnisse stets die allerbesten Wirkungen aus. Nur nicht allzu sparsam sollte man damit sein; nicht doch Poincaré leider oft genug Veranlassung, daß immer wieder darauf hingewiesen wird, welche Bestimmungen in dem Versailler Diktat die deutschen Rechte festlegen, Rechte, die das Rheinland als deutsche und preussische Provinz unangestastet lassen. Und wenn immerzeit Poincaré in der Kammer durch seinen bekannten Zwischenruf die Befestigung des Rheinlandes dauernd gestalten möchte, so wäre es notwendig gewesen, von maßgebender Seite zu erklären, daß Poincaré mit dieser Behauptung sich im Gegensatz zu den §§ 428 und 440 stellt, die als Beginn des Termins der Befestigungsfrist die Ratifizierung des Versailler Vertrages bestimmen. Und das ist der 10. Januar 1920. Es wäre auch notwendig gewesen, darauf zu verweisen, daß die Befestigung der Brückenköpfe von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort eine Befestigung des Versailler Diktates bedeutet, ebenso wie die von Frankreich betriebenen „produktiven Pfänder“, da nach diesen Bestimmungen Deutschland nicht gezwungen werden kann, über seine Leistungsfähigkeit hinaus Leistungen aus-

zuführen. Es ist vielmehr vorgeschrieben, daß die Alliierten zu gegebener Zeit in eine Nachprüfung über die Leistungsfähigkeit einzutreten haben, um danach jeweils die von Deutschland zu verlangenden Leistungen festzusetzen. Das ist des öfteren geschehen, und in allen Fällen, wie noch jüngst durch die Reparationskommission selbst, hat sich ergeben, daß die Deutschland auferlegten Verpflichtungen seine Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigen. Folgerichtig dürfte also überhaupt nicht die Frage nach einem Moratorium aufgeworfen werden, sondern es hätte festgesetzt werden müssen, daß zurzeit bei völliger Leistungsfähigkeit Deutschlands weder Sach- noch Darlehen von Deutschland verlangt werden dürfen. Die von Poincaré aufgestellte These von „Deutschlands schlechtem Willen“ wird durch seine Worte und durch Daniels Geheimbericht über den Saufen geworfen, in dem beide zu der Schlussfolgerung kommen: Es liegt nicht im Interesse Frankreichs, wenn Deutschland zahlen könnte, denn dann müßte das Rheinland geräumt werden und Frankreich könnte seine Experimente am Rhein, nämlich neue Gebiete zu erobern, nicht fortführen.

Von diesen Gesichtspunkten aus ist auch die neue Drohung Poincarés aus zu werten, den Entscheidungen treffen will, die den Versailler Bestimmungen entgegenlaufen und auf die Zerstümmung des deutschen Reiches abzielen.

### Die nationale Bedeutung der Wahlen in Oberschlesien.

Von Dr. Hans Gerschel.

Das Ergebnis der Großwahlen vom 19. November zu Reichstag, Landesversammlung und Provinziallandtag wird in West-Oberschlesien und im Reich inner- und parteipolitisch vom Standpunkte der einzelnen Gruppen aus natürlich ganz verschieden gemeldet. In einem aber dürften diese völlig einig sein, nämlich in ihrer Würdigung der Wahlen vom nationalen Standpunkte aus, also gegenüber den jetzt von den Polen abgegebenen Stimmen. Deren Gesamtzahl ebenso wie die Einzelergebnisse in gewissen Kreisen sind unserer höchsten Beachtung wert. Wesentlich ist dabei namentlich der Vergleich mit den von den Deutschen in Ost-Oberschlesien bei den Wahlen zum Reichstag und zum Senat erzielten Ergebnissen.

Dort erlangen unsere Volksgenossen bekanntlich einen starken Erfolg. Die hochzeitliche Nachricht, daß nach amtlicher Feststellung die Deutschen in der Wojewodschaft für den Senat nicht nur ein, sondern zwei Mandate erhalten haben, also genau so viel wie die Korfakt-Partei, ist ein stolzes Ergebnis, dem im Westgebiete ein polnischer Mißerfolg gegenübersteht. Dort sind die Stimmen der Polen nämlich seit der Volksbefreiung vom 3. September 1922 nicht nur nicht gewachsen, sondern sogar zurückgegangen, während die Deutschen am 5. und 12. November einen erheblichen Zuwachs für die erste und zweite polnische Kammer in Warschau gegenüber der erst vor einigen Wochen getätigten Wahl zum ober-schlesischen Senat in Katowitz erzielt haben.

Daraus ergibt sich zweierlei von grundsätzlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung: Einmal ist das nationale Zugehörigkeitsgefühl der Deutschen jenseits der neuen Grenze stärker bei den Wahlen hervorgetreten als wie bei den Polen im Westgebiete. Das ist um so beachtlicher, als bekanntlich viele unserer Volksgenossen aus Ost-Oberschlesien abgewandert sind, weil man ihnen das Leben dort unerträglich gemacht hatte. West-Oberschlesien wurde von nur wenig Polen verlassen. Gleichwohl zeigte sich ein so starker Erfolg der nationalen Minderheit drüben, während im deutschen Westgebiete sich die umgekehrte Entwicklung vollzog.

Zweitens beweist alles das doch, daß zwar die Deutschen in Neupolen sich bedrückt, die Polen bei uns sich aber ganz zufrieden fühlen lassen. Sonst hätten sie bei der zwar geheimen, aber dafür um so regeren Wahl- und Wahlarbeit ihrer Agitatoren, bei der großen Wahlfreiheit der Oberschlesier (nur 67 v. H.) und bei der Zersplitterung auf deutscher Seite (8 Listen!) ganz andere Erfolge erringen können und zweifellos auch errungen, als sie aufzuweisen haben.

Von Einzelergebnissen beanspruchen der Kreis Groß Strehlitz und das deutsch gehobene Industriegebiet unser besonderes Interesse. Bei der Volksbefreiung vom 20. März 1921 war Groß Strehlitz eine schwere Enttäufung für uns. Der Kreis — vorwiegend landwirtschaftlich — brachte den Polen eine allerdings sehr schwache Mehrheit. Heute stehen aber dort rund 17 800 deutsche etwa 7800 polnischen Stimmen gegenüber, ein Verhältnis von etwa 23 : 10!

Auch im Industriegebiet hat das Deutschtum seinen Stand im allgemeinen gut behauptet. Besonders günstige Ergebnisse wurden sogar erzielt in Gleiwitz und Hindenburg mit ihrer starken Arbeiterbevölkerung. Dabei muß noch die Schwere der Zeit in Betracht gezogen werden, die wegen der Feuerung der nationalen Gegnerschaft der Polen soziale Waffen ließ, obgleich die Zustände in der Wojewodschaft in dieser Hinsicht noch viel traurigere sind.

Immerhin haben die Polen ein Mandat für die Landesversammlung von Preußen und fünf für den ober-schlesischen Provinziallandtag erhalten. Dort bilden sie das Jünglein an der Waage, da das Zentrum die Mehrheit nicht erhalten hat (21 von 62 Abgeordneten).

Aber alles in allem genommen, können die Deutschen mit den Wahlergebnissen zufrieden sein.

### Politische Neuigkeiten.

#### Die Beratung im Elysee.

Das Tagesereignis von Paris ist eine Beratung im Elysee, unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand. An der Beratung nahmen teil: Poincaré, Finanzminister de Lasteyrie, Wieder- aufbauminister Meibel, Kriegsminister Maginot und Marschall Foch. Antikliche Stellen geben dieser Besprechung eine hochpolitische Bedeutung und umhüllen sie mit ihrer übertriebenen Geheimnistuerei. In politischen Kreisen ist man auf jeden Fall davon überzeugt, daß es sich bei den heutigen Beratungen um die Reparationsfrage handelt. Die Teilnahme Fochs wird mit den eventuellen Aktionen Frankreichs gegen Deutschland begründet, die Poincaré in seinen letzten Reden wiederholt als denkbar bezeichnet hat.

Außer den bereits genannten Persönlichkeiten wohnten der Konferenz bei: der Oberkommissar für die besetzten Rheinlande, Sir der Chef des Generalstabs Buat und der Generalinspektor Goffe. Nach dem „Matin“ hatte die Konferenz die Prüfung der Maßnahmen zum Gegenstand, die etwa ergriffen werden sollen für den Fall, daß die Brüsseler Konferenz nicht zusammentreten oder wenn ihr Ergebnis von der französischen Regierung als ihren berechtigten Schätzungen nicht entsprechend, abgelehnt würde. Die geprüften Maßnahmen umfassen in der Hauptsache eine Beschloßnahme der angeblich besetzten rheinischen Gebiete, aus denen namentlich deutsche Beamte ausgewiesen werden sollen, andererseits auch die Befestigung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Bochum in dem Maße, daß Frankreich über die Reparationskosten und über den metallurgischen notwendigen Koks verfügen kann.

Der „Petit Parisien“ schreibt, er glaube zu wissen, daß die Konferenz mit der Prüfung der Maßnahmen beschäftigt gewesen sei, die die französische Regierung, sei es auf dem linken oder rechten Rheinufer zu ergreifen gezwungen sein werde. Weiter erklärt das Blatt: Ohne daß die Lage etwa so tragisch ist, wie im August 1914, ist es sicher, daß eine ernste Stunde herangefommen ist.

Deutschland besitzt seit einigen Tagen eine Rechtsregierung, die jetzt die vollkommene Unmöglichkeit erklärt hat, irgend welche Geldzahlungen vor drei bis vier Jahren beginnen zu können, und die außerdem sagt, daß diese Geldzahlungen nur beginnen können, wenn die Alliierten ihr 500 Millionen Goldmark zur Stabilisierung der Mark leihen, wenn sie ihre Zollgrenzen niederreißen, um die deutsche Ausfuhr zu erleichtern, und wenn die Summe der deutschen Reparations-schuld wirklich herabgesetzt wird, d. h. die deutsche Regierung will in einem Moment eine letzte Anstrengung machen, um sich des größten Teils ihrer finanziellen Verpflichtung aus dem Vertrage von Versailles zu entziehen. Es ist möglich, daß in letzter Minute die Großindustriellen, die jetzt die Leitung des Reiches übernommen haben, über die unangenehmen Folgen ihrer Überpensivität, auf diesem schlechten Wege zu beharren, nachdenken. Aber es ist doch wohl möglich, daß sie Frankreich zwingen werden, die im Vertrage von Versailles vorgesehenen Zwangsmaßnahmen durchzuführen und einige Pfänder, die in Frankreichs Reichweite liegen, zu nehmen. Im Hinblick auf diese letzte Möglichkeit hat der Ministerpräsident, ohne die Stimme mehr zu erheben, dem deutschen Volke eine heilsame Warnung zuteil werden lassen.

Nach dem „Echo“ werden die verschiedenen Maßnahmen, von denen gestern gesprochen worden sei, dem Ministerrat zur Billigung vorgelegt werden. Ministerpräsident Poincaré könne also von jetzt ab von dem ihm zur Verfügung gestellten Mitteln Gebrauch machen, wenn die Stunde gekommen sei, um, wie er selbst erklärt habe, die wichtigsten Entscheidungen zu treffen, von denen zum Teil Frankreichs Zukunft abhängt.

#### Die Maßnahmen.

Ein Radio-Kommuniké über die Konferenz, die unter Millerands Vorsitz im Elysee stattfand, erklärt, es seien Maßnahmen geprüft, aber noch nicht festgesetzt worden, um die französischen Rechte zu sichern, falls diese Rechte angegriffen würden. Diese Maßnahmen seien

1. die Methode, auf umfassende Art und Weise die Hände auf die Rheingebiete zu legen und insbesondere die Erkennung der deutschen „Anten“ durch französische,
2. die Befestigung von zwei Dritteln des Ruhrgebietes einschließlich Essen und Bochum, um Frankreich die Kohlen zu sichern, die Deutschland auf Reparationskonto schuldet und ferner den metallurgischen Koks, der für die französische Industrie notwendig ist.

Marcel Hulin bestätigt im „Echo de Paris“ den Inhalt dieses Kommunikés und erläutert die Notwendigkeit der Befestigungsmaßnahmen damit, daß die direkten Interessen der „Großindustriehäuptlinge“ so hart wie möglich geschädigt werden müssen, damit sie die Reparationsleistungen erfüllen.

Die Berliner Börse reagierte ganz auffallend auf die Tatsache, daß Marschall Foch an der Konferenz teilnahm. Die Mark erreichte vorgestern ihren tiefsten Stand mit 0,17.

Die in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit aufgetauchten Befürchtungen, die Reichsregierung könnte sich von dem Versuch, die rheinische Frage mit dem Orient- und dem Reparationsproblem zu verwickeln, überraschen lassen, werden in Regierungskreisen als unbegründet bezeichnet. Man weist in diesem Zusammenhang mit ganz besonderem Nachdruck auf die Stelle in der Programmvorrede des Reichskanzlers hin, in der es heißt, daß das Rheinland nicht preisgegeben werde. Diesen Worten, so versichert man, komme eine praktische politische Bedeutung zu.



### Hinrichtung d. griechischen Staatsmänner.

Nach einer Athener Havasmeldung sind die Staatsmänner **Quaris, Stratos, Theotakis, Baltazzi, Protopyadakis** und **General Gadjanestis**, die in dem Hochverratsprozeß zum Tode verurteilt worden waren, gestern hingerichtet worden.

### Das Schicksal des privaten Gutsbesitzes in Rußland.

Der Vorsitzende des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees **Kalinin** hat an alle Gouvernements-Exekutivkomitees und Gouvernements-Agrarabteilungen ein Zirkular geschickt, das erneut bestätigt, daß das Dekret über die Abschaffung des Privateigentums der Grundbesitzer in Kraft bleibt. In diesem Zirkular wird darauf hingewiesen, daß die neue Wirtschaftspolitik von vielen Gutsbesitzern falsch verstanden wurde und infolgedessen in letzter Zeit wiederholt von Gutsbesitzern das Ansuchen gestellt worden sei, ihnen die Güter zurückzuerstatten, die ihnen nach der bolschewistischen Revolution abgenommen worden seien. Außerdem sei in letzter Zeit es wiederholt vorgekommen, daß die örtlichen Exekutivkomitees und die Agrarabteilungen ehemalige Gutsbesitzer ausgetrieben hätten, die erst nach der Revolution von ihren früheren Gütern gewisse Landteile zugewiesen erhalten hätten auf Grund der allgemeinen Grundbesitz. Das Zirkular erinnert daran, daß das Dekret über das Land vom 26. Oktober 1917 über die Sozialisierung des Landes noch in Kraft sei, und daß dieses Dekret das Privateigentum der Gutsbesitzer für immer aufgehoben habe. In Ausnahmefällen sei aber durch Zirkular des Volkskommissars der Landwirtschaft vom 16. September 1918 den Kreisagrarabteilungen gestattet worden, solche Gutsbesitzer an Ort und Stelle zu lassen und ihnen entsprechend der Norm einen gewissen Landteil zugewiesen, die keine gegenrevolutionäre Betätigung gezeigt hätten und das ihnen zugewiesene Land ohne Verletzung von Lohnarbeitern bearbeitet hätten. Das Zirkular vom 15. November 1922 stellt dann fest, daß alle ehemaligen Gutsbesitzer jegliches Recht am Lande verloren haben und nur diejenigen Gutsbesitzer Reststücke ihres Landes bearbeiten dürfen, denen gewisse Landteile bereits früher zugewiesen worden sind.

### Kurze polit. Nachrichten.

**Arbeitslosenfrage in England.** Die englische Regierung ist im Begriff, erste Maßnahmen zu ergreifen, um der Arbeitslosenfrage zu steuern. Die Verwalter der Eisenbahnen sind zusammenberufen worden, um mit **Benar Law** sofort zu beraten und Vorschläge über Anlagen und Ausbau von Eisenbahnen zu machen, durch die **Wartungsarbeiten** ermöglicht werden können. Unter den sofort zu beginnenden Arbeiten nennt man die **Elektrifizierung** gewisser Eisenbahnlinien, die durch das Gruppierungssystem notwendig sind, ferner den **Ausbau von Brücken**, insbesondere solcher Brücken, die nicht stark genug sind, um schwere Belastungen zu tragen. Man hat auch von der Konstruktion des **Colche Firth of Forth-Kanal** gesprochen. Ein derartiger Kanal wäre von außerordentlich strategischer Bedeutung, da er der Flotte eine rasche Verbindungsmöglichkeit zwischen Nordsee und dem atlantischen Ozean bieten würde. Inzwischen wachsen die **Hungerdemonstrationen** zu einer eindringlichen Campagne an. Die Manifestanten wollen einen starken Eindruck auf das Publikum durch häufige Umzüge hervorzurufen und durch Demonstrationen die Regierung und die lokalen Behörden zwingen, aktiv einzugreifen.

**Die Hinrichtung von Erskine Childers.** Der irische Ministerpräsident **Cosgrave** erteilte dem Korrespondenten der „Daily Mail“ ein Interview, worin er erklärte, daß die Erschießung von **Erskine Childers** unvermeidlich gewesen sei. Weitere Hinrichtungen werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit folgen. Es stehe aber den Republikanern zu, durch ihre Unterwerfung weiterer Blutvergießen zu vermeiden. Wenn er oder einer seiner Kollegen erschossen werde, so habe das keine große Bedeutung. Es ständen andere Männer bereit, die Regierung des Freistaates weiter zu führen. Er glaube, daß Irland noch während 10 Jahren von Unruhen heimgesucht werden wird.

daß aber nachher die republikanische Bewegung zusammenbrechen werde. Die Regierung habe Beweise dafür, daß die Einstellung der freistaatlichen Sache dauernd sich verstärke und daß die Zivilbevölkerung den Republikanern immer feindlicher werde.

**Die Schwester des Bürgermeisters von Cork, Mary Mac Swiney**, die seit drei Wochen im Gefängnis im Hungerstreik stand, wurde auf freien Fuß gesetzt und ins Hospital gebracht.

**Protest der Danziger Handelskammer beim Völkerverbund.** Die Entscheidung des Oberkommissars des Völkerverbundes über die Bevorzugung polnischer Firmen bei Vergabe von Hafenausfuhrbescheinigungen hat auch einen Protest der Handelskammer zu Danzig ausgelöst, dem in einer an den Völkerverbundskommissar gerichteten Entschuldigungs-Ausdrück gegeben wird. Es wird darin festgestellt, daß die jetzt getroffene Entscheidung einer Auslieferung des Danziger Hafens an Polen gleichkomme und eine allmähliche Verdrängung des Danziger Kaufmanns aus seinem bisherigen Wirkungsbereich bedeute. Die Entscheidung verleihe auch die wichtigsten Wirtschaftsinteressen des Freistaates Danzig, und eine systematische Vernichtung seiner ausschlaggebenden Lebensmöglichkeit sei die Folge. Die Handelskammer weist dann darauf hin, daß diese Entscheidung, als Ausgangspunkt händiger Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen nicht geeignet sei, die Beziehungen zwischen Danzig und Polen zu bessern und gibt gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß der Oberkommissar bei einer Nachprüfung der ungenügenden Entscheidung geneigt sein möge, auch den wirtschaftlichen Lebensinteressen Danzigs Rechnung zu tragen.

**Neuer braunschweigischer Minister.** In der gestrigen braunschweigischen Landesversammlung wurde zum Mitglied des Staatsministeriums der Reichstagsabgeordnete **Bohlgert**, Redakteur des „Volksfreund“ in Braunschweig, mit 31 Stimmen gewählt. 28 Zettel waren unbeschrieben und daher ungültig.

**Einstellung des Postverkehrs zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland.** Nach einer Mitteilung der Regierungskommission des Saargebietes werden bei den Postanstalten des Saargebietes vom 1. Dezember ab Eingehungen mit Zahlkarte auf Konten bei den deutschen Postämtern nicht mehr angenommen und Auszahlungen auf Grund von Zahlungsanweisungen, die von deutschen Postämtern berühren, nicht mehr geleistet werden. Infolgedessen werden auch die im Saargebiet durch Nachnahme oder Postauftrag eingezogenen Beiträge nicht mehr mit Zahlkarte auf Konten bei den deutschen Postämtern überwiesen werden. Zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland wird hiernach vom 1. Dezember ab der Zahlungsverkehr auf Postanweisungen und Wertbriefe beschränkt.

**Die Pfalz und die Belastungslast.** Der Kreisrat der Pfalz als die berufene Vertretung der pfälzischen Bevölkerung nahm zum Schluß seiner diesjährigen Tagung folgende, von allen Parteien eingehend erörterte Entschlußfassung an: „Die Bevölkerung der Pfalz ist auf das lebhafteste beunruhigt durch die immer drückender werdenden Lasten, welche die Besetzung des Landes mit sich bringt, so durch die wachsende Wohnungsnot und durch die immer ausgedehnter werdende Benutzung wertvollen Kulturlandes zu militärischen Anlagen. Der Kreisrat der Pfalz als die für die Pflege des wirtschaftlichen Wohls der Bevölkerung in erster Linie berufene Körperschaft, erachtet es als seine heilige Pflicht, auf diese Not der Bevölkerung hinzuweisen und die zuständigen deutschen Behörden zu bitten, dahin zu wirken, daß der Pfalz und ihren Bewohnern in der bezeichneten Richtung die größte Berücksichtigung und Schonung zuteil wird.“

**Durchgehende Güterzüge nach Italien.** In diesen Tagen konnte die deutsche, insbesondere die Berliner Industrie einen bedeutsamen Erfolg auf dem Gebiete der Verkehrssteigerung verzeichnen. Der Anlaß dazu ist für uns freilich wenig erfreulicher Natur. Es muß nämlich Reparationsfähle aus dem Ruhrgebiet nach Italien mit möglichst Beschleunigung befördert werden. Dies geschieht seit mehreren Tagen in durchgehenden Güterzügen, die aus dem Ruhrgebiet durch den Gotthardt-Tunnel bis nach Italien geführt werden. Die Führung solcher durchgehenden Güterzüge ist nur dadurch möglich, daß die Wagen mit der **Kunze-Knoor-Bremse** ausgestattet sind. Mit dieser durchgehenden Druckluftbremse ist ein Bremsweg von 700 Meter Höchstlänge noch bei 110 Km. Stundengeschwindigkeit bequem zu erreichen. Neben der Erhöhung der Geschwindigkeit der Güterzüge, die mit der Luftdruckbremse zu erreichen ist, tritt auch noch eine durchgreifende Entlastung der Geseife ein.

**Kilometerstarke bei der Reichsbahn.** Vom 1. Januar ab werden die Personentaxen nach folgenden Einheitsätzen berechnet: 4. Klasse der Kilometer 4 M., 3. Klasse 6 M., 2. Klasse 12 M., 1. Klasse 24 M. Die Fahrpreise bis 100 M. werden auf volle 2 M., über 100 bis 500 M. auf 10 M., über 500 bis 1000 M. auf 20 M., über 1000—2000 M. auf 50 M. und über 2000 M. auf 100 M. abgerundet. An Schnellzugzuschlägen werden in Zone 1 (bis 75 Kilometer), Zone 2 (75—150 Kilometer), Zone 3 (über 150 Kilometer) erhoben: für die 3. Klasse 100, 200, 300 M., für die 2. Klasse 200, 400, 600 M., für die 1. Klasse 400, 800, 1200 M. Auch die Gepäcktarife werden erhöht. Vom 1. Januar ab werden alle Fahrkarten statt des Fahrpreises nur die Kilometerzahl enthalten; nur im Verkehr mit dem Auslande werden Fahrkarten mit Preisangabe ausgegeben.

**Die Not der Altersheime.** Es ist bekannt, daß die Altersheime zum großen Teil vor dem Zusammenbruch stehen. Damit sind Tausende von alten nichtvermögensfähigen Kapitalrentnern der Gefahr ausgesetzt, die Heime verlassen zu müssen. Um dieser Gefahr zu begegnen, hat der Reichsarbeitsminister im Rahmen der von ihm durchgeführten Kleinrentnerfürsorge neuerdings erhebliche Beträge durch die großen Reichsorganisationen der Wohlfahrtspflege der Altersheimen zur Verfügung gestellt. Die Gesamtsumme der den Verbänden seit dem Sommer dieses Jahres für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Beträge beläuft sich auf 27,7 Millionen Mark. Ein erheblicher Teil hiervon ist u. a. an die Heimerwerbshäuser und Altersheime für ehemalige Lehrerrinnen gegeben worden.

**Zur Brotverfälschung.** Nach der „Post“ will die Reichsregierung allgemein 10 Prozent des Unmischgehalts nachlassen, da die Körnerernte schlecht gewesen ist. Die zwei Millionen Tonnen Auslandsgetreide, die gebraucht werden, sind bereits gekauft, so daß die Körnerpreissteigerung dafür nicht mehr in Betracht kommt. Breuen wird beim Reiche eine Streckung des Brotgetreides mit Kartoffeln beantragt.

**Gegen die Schlemmerei.** Wie eine Korrespondenz berichtet, ist beabsichtigt, für das Braunkohlstaatsgebiet den Tanz beim Frühstück, sowie in Luxus- und Sälsalmerstätten allgemein zu verbieten, ferner für das ganze Reich eine Neuregelung des Schankwesens durchzuführen, dahin, daß Branntwein nicht mehr abends ausgegeben werden darf.

## Badische Übersicht.

### Badischer Landtag.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung fehrte seine Beratungen über das Polizeigesetz fort und beschloß im Kapitel „Polizeitrafverfahren“ nach dem Regierungsentwurf, daß das Strafrecht der Bürgermeister wie bisher ausdrücklich erhalten bleiben soll. In den Städten ist die Festsetzung des Strafmaßes dem Bürgermeister übertragen. Besondere Klagen wurden von verschiedenen Seiten geführt über den Schaden, der von wandernden Schäferherden verursacht wird. Man wolle hier von einer wahren Landplage reden, denen die Gemeindefürsorge oftmals schulplos gegenüber ständen. Die Geldstrafen von 500 M. seien verhältnismäßig gering und oft wirkungslos. Die Regierung empfahl den Polizeiorganen der Gemeinden, also auch den Beamten der Feldhut, eine schärfere Kontrolle, namentlich auch Nachschau darüber, ob die Schäfer auch die in den Wanderbüchern eingetragenen Wege einhalten. Im Notfall müsse mit Geld- oder Haftstrafen, die bis zu 6 Tage ausgedehnt werden können, vorgegangen werden. Es wäre aber nicht zu empfehlen, den Wanderbetrieb der Schäfer ganz unmöglich zu machen.

Weiterhin war der Ausschuss der Ansicht, daß gegen **Blößehebelte**, die sich neuerdings sehr vermehren, mit aller Schärfe vorgegangen werden müsse. Der § 131 des Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen, der die Strafschänkung des Bürgermeisters regelt, erhielt folgende mit Mehrheit angenommene Fassung: „Der Bürgermeister kann gegen öffentliche Beamte und Geistliche keine Haftstrafe erlassen.“

In der Schlußbestimmung wurde das Gesetz nach den Beschlüssen der ersten Lesung einstimmig angenommen. Weiter wurde § 6 des Polizeigesetzes besprochen, der die Kosten für den Aufbruch der Ordnungspolizei regeln soll. Der Finanzminister stellte in Aussicht, daß die Beratung des Finanzausgleichsgesetzes in nächster Zeit Gelegenheit geben werde, über den Lastenausgleich zwischen Staat und Gemeindefisch auszusprechen und daß dann entsprechende Beschlüsse ge-

## Buchkritik.

### Beladan.

Wenn alle französischen Schriftsteller mit demselben sittlichen und kulturellen Ernst an die Probleme dieses menschlichen Daseins herangehen würden, wie **Beladan**, hätte sich längst ein tieferes und besseres Verstehen zwischen Deutschen und Franzosen anbahnen lassen. **Beladan** hat etwas an sich, was gerade uns Deutsche gefangen nimmt, und zwar ist dies das ethische Pathos, das ihn und seine Romane auszeichnet. Mit **Holland, Barbuse, Gide, Claudel** und **Jammes** gehört er zu den starken Dichternaturen des modernen Frankreich, denen ihre Kunst etwas Heiliges bedeutet, etwas Heiliges, um dessen Bestehen man eingen muß, etwas Heiliges, für das man sein Herzblut gibt. Leichtfertigkeit ist sonach etwas, was man bei **Beladan** vergebens suchen wird. Und wenn man nicht wüßte, daß **Dumas** und **Beladan** dem gleichen Vaterlande angehören, würde man zunächst nicht glauben, daß beide Franzosen sind. Nun ist **Dumas** allerdings nicht der beste Vergleichspartner. Aber auch die großen Schriftsteller des neuzeitlichen Frankreich, die **Victor Hugo, Balzac, Flaubert, Stendhal, Zola, Maupassant** und **Anatole France**, werden, was den Ernst des psychologischen Erkenntnisdranges, das sittliche Pathos anlangt, von **Beladan** übertraffen, mögen sie ihn dafür auch wieder in anderer Beziehung übertragen.

Einen Schriftsteller, wie **Beladan**, dem deutschen Volke bekannt gemacht zu haben, ist nach alledem ein Verdienst, das gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Der **Verlag Georg Müller** in München und der Übersetzer **Emil Schering** sind es, denen dieses Verdienst zukommt. **Beladan** durchstreift in seinem Roman das Leben, wie es sich seinem Auge vor allem in Paris (also in der Großstadt) darstellt. Das haben vor ihm schon viele getan; indessen aber wohl selten brachten diese vielen einen psychologischen Scharfblick, jene geniale soziologische Einstellung und jene Originalität der Gedanken mit, wie **Beladan**. Daß der französische Autor mit einer Unerbittlichkeit ohne gleichen schildert und den Schleier auch von Dingen zieht, die die konventionelle Moral nicht ohne eigennütige Absicht gerne verhüllt, versteht sich von nach von selbst. Aber nie verläßt **Beladan** bei alledem die Pfade des guten Geschmacks und des sittlichen Ernstes. So sind alle seine Bücher die Schöpfungen einer reinen Seele und können von jedem gelesen werden, der selber reinen Herzens ist. Was diese Bücher noch besonders anziehend macht,

das ist die manchmal schier fabelhafte Spannung, die **Beladan** durch die romantisch-phantastische Art seiner Disposition und seiner Darstellung zu erzeugen weiß. Parteien, die mit Gedankeneinheit beinahe überladen scheinen, werden wieder abgelöst von Parteien abenteuerlichsten Geschehens.

Zur Einführung in die Eigenart **Beladans** seien hier vor allem empfohlen: die Romane **„Weibliche Reugier“**, **„Einweisung des Weibes“**, **„Der Sieg des Galtes“**. Der letzte Roman behandelt ein rein okkultistisches Thema. Die Übersetzung liegt überall glatt und festend. C. A. Mend.

**Russische Gespenster-Geschichten.** Acht Romane, ausgewählt und überfetzt von **Johannes von Guenther**. (Drei Masken-Verlag, München). — Wenn man schon das Gebiet der Gespenstergeschichte beackern will, dann darf man an der russischen Literatur nicht vorbeigehen. Das hat sich offenbar auch der **Drei-Masken-Verlag** gesagt. Und sein Glück war es, daß er in **Johannes von Guenther** einen geschmackvollen Herausgeber und tüchtigen Übersetzer fand. Das übrigens hervorragend gut ausgestattete Buch enthält folgende Beiträge: **„Pique-Dame“** von **Alexander Puschin**, **„Das Lächeln des Toten“** von **Fürst Wladimir Odjensky**, **„Die verschwindende Urkunde“** von **Nikolaj Gogol**, **„Fragment einer unvollendeten Novelle“** von **Mikhail Lermontow**, **„Gespenster“** von **Iwan Turgenjew**, **„Der weiße Adler“** von **Nikolaj Leskow**, **„Der Tod durchs Zeitungsinferat“** von **Fjodor Sollogub**, **„Verteidigung“** von **Walerij Brjusow**. Man sieht aus dieser Aufzählung, daß die besten Namen der russischen Literatur hier Aufnahme gefunden haben. Besonders zu begrüßen ist die Aufnahme der **Novellen** von **Leskow**, da dieser bedeutende moderne Autor Rußlands hier gleich einem weiteren Kreise zugänglich gemacht wird. Ebenso freuen wir uns darüber, daß der Herausgeber den Fürsten **Odjensky** hier hat zu Wort kommen lassen. Dem Buch wünschen wir vollen Erfolg. Es enthält klassisches Gut der Literatur. C. A.

**Otto Piper: Der Spul.** 2. Aufl. (Verlag R. Piper & Co., München). — Es gibt heute eine Richtung, die dem fogenannten Spul ganz gläubig gegenübertritt und behauptet, bei dem, was wir Spul bezeichnen, handele es sich nicht um Einbildungen und Visionen, sondern um wahre, wissenschaftlich feststellende Ereignisse. So sammelt und bespricht auch **Otto Piper**

hier 250 „Geschichte“ aller Arten u. Zeiten aus der Welt des Übernatürlichen. Interessant ist sein Buch unter allen Umständen. Selbst dem Skeptiker wird es manches zu sagen haben, allerdings wohl nicht immer das, was die Anhänger jener Richtung wünschen würden. Daß es sich hier um ein ernst zu nehmendes Thema handelt, das man mit berächtigter Handbewegung nicht mehr beiseite schieben darf, ist klar. Wir kennen den Menschen und seine inneren Kräfte und Fähigkeiten noch viel zu wenig. Diese Bücher treiben die Forderung zu neuen Arbeiten an. Und nicht mehr lange wird es dauern, dann wird man auch das, was hier als okkult und spukhaft gilt, reiflos zu erklären wissen. R. S.

**Otto Soyla: Käufer der Ehre.** Roman. (Emil Reil's Nachf. August Scherl, Leipzig). — Dieser Roman ist schon vor mehreren Jahren unter dem Titel „Das Herbarium der Ehre“ erschienen. Er ist vielleicht die Romananschauung Soylas, die man am ernstesten zu nehmen hat. Der Kampf gegen die Gesellschaftsmoral, der in diesem Roman geführt wird, ist so eigenartig und doch wieder psychologisch so wohl durchdacht, die Darstellung so straff und so lebendig durchgeführt, daß auch vermödete Leser das Buch nicht ohne Nachdenken aus der Hand legen werden. C. A.

**Richard Schmidt: Fatale und Faszinum** im alten und modernen Indien. 2. Aufl. Mit 87 Illustrationen. (Verlag Hermann Werdorf, Berlin W. 30). — Über indische Fatale und indisches Faszinum ist in Europa zu keiner Zeit soviel geredet worden, als heute. In theosophischen Büchern, in Romanen und Novellen und im Kino: überall spukt dieses Faszinum. Und doch wissen die wenigsten etwas Grundliches darüber. Hier springt nun **Richard Schmidt** mit dem vorliegenden Buch (290 Seiten) in die Bresche. An Grundlichkeit läßt es wahrlich nichts zu wünschen übrig. Sogar Abbildungen sind in Fülle und Fülle vorhanden. Da kann also auch bei uns ein jeder sich praktisch zum Fatale ausbilden. Erfreulicherweise steht der Autor seinem Stoff nicht blindgläubig gegenüber. Seine Arbeit ist durchaus wissenschaftlich zu bewerten. R. S.

**Der Druckfehlerwusel** hat sich in der gestrigen Kritik über den **„Rißelungsering“** mit des Helden **Siegfried Schmiebel** beschäftigt. Scheinbar war ihm das **Schwert** Rothung noch zu klein, denn er läßt **Siegfried** sagen: „Rothung! Rothung! Niebliches Schwert!“ Es muß selbstverständlich heißen: **Reidliches Schwert!**